

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 62 (1975)
Heft: 11: 10 Jahre Interkantonale Oberstufenkonferenz (IOK)

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Stipendienaktion weiterführen

Stipendien für ausländische Studierende in der Schweiz soll es auch in den kommenden vier Jahren geben. Der Bundesrat hat kürzlich eine Botschaft an die eidgenössischen Räte verabschiedet. Die Aktion soll dazu beitragen, die Ausbildung der akademischen Kader in Entwicklungsländern sowie die kulturellen Kontakte zu fortgeschrittenen Staaten zu fördern. Die Aktion, in die erstmals auch künstlerische Berufe miteinbezogen werden sollen, wird jährlich vier Millionen Franken kosten. Das bedeutet, dass jedes Jahr nur 100 Stipendien neu offeriert werden können und die Gesamtzahl der Stipendiaten auf 240 begrenzt wird. Die Aktion gibt es bereits seit 1961.

CH: Psychologen unter sich

Die Schweizerische Stiftung für angewandte Psychologie (SSAP), die Forschungen im Bereich der angewandten Psychologie fördert, hat am 21. Mai in Zürich ihre Generalversammlung abgehalten. Als Nachfolger des scheidenden Präsidenten, Dipl. ing. H. R. Hofer, Mitglied der Konzernleitung des Schindler Konzerns, Ebikon LU, wurde Prof. Dr. Hardi Fischer, Institut für Verhaltenswissenschaft der ETH Zürich, neu zum Präsidenten gewählt.

Im Anschluss an die Geschäftssitzung liess sich die Versammlung durch junge Wissenschaftler verschiedener psychologischer Institute der Schweizer Universitäten über den Stand der psychologischen Forschung in der Schweiz orientieren und nahm mit Interesse Kenntnis vom hohen Stand der Beiträge, die Schweizer Psychologen international gesehen heute leisten.

CH: Musikschulen wollen zusammenarbeiten

Für die über 200 Jugendmusikschulen in der Schweiz soll ein zentraler Verband gegründet werden. Der gesamtschweizerische Dachverband soll dem Wunsch nach vermehrter und ständiger Zusammenarbeit, nach engerer Kontaktnahme und gezielter Koordination zwischen den verschiedenen Schulen entsprechen.

Bestrebungen, Musikschulen gesamtschweizerisch zu vereinigen, sind schon seit einiger Zeit im Gange. Im Herbst 1974 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine Verbandsgründung vorbereiten sollte. Statuten, Arbeitsprogramm und Gründungsorganisation des Verbandes sind inzwischen vorbereitet, so dass die interessierten Musikschulen auf Samstag, 24. Mai, 15 Uhr, in

die Aula der Kantonsschule in Baden zur Gründungsversammlung eingeladen wurden. An der Versammlung sind die Verbandsstatuten beraten und ein Interimsvorstand gewählt worden; zudem ist ein erstes Tätigkeitsprogramm erstellt worden; Die interessierten Musikschulen und Vereinigungen werden nach der Gründungsversammlung schriftlich eingeladen, ihren Beitritt zum Verband zu erklären; die definitive Aufnahme erfolgt an der ersten Jahresversammlung.

ZH: Keine zweite Uni

Der Zürcher Regierungsrat erachtet den Bau einer zweiten Universität im Kanton Zürich als nicht sinnvoll, dies, obwohl für das Jahr 1990 mit 16 000 bis 19 000 Studierenden gerechnet werden kann und das ursprüngliche Planungsziel aus dem Jahre 1968 auf 8000 bis 10 000 festgelegt worden ist. Damit nimmt der Regierungsrat Stellung zu einer Motion, die ihm am 6. März 1972 vom Kantonsrat überwiesen worden ist.

BE: Schulversuch in Bern

Mit Beginn des Schuljahres 1975/76 ist in der Stadt Bern ein Schulversuch angelaufen, bei dem die Möglichkeit einer sogenannten Durchlässigkeit zwischen Primar- und Sekundarschule untersucht werden soll. Die Zuteilung der Schüler in die beiden Stufen erfolgt auf Grund schriftlicher Arbeiten, des Zeugnisses, des persönlichen Berichts des Lehrers und ihres Antrags. Sie kann jedoch je nach Leistung und Entwicklung des Schülers ganz oder nur für einzelne Fächer geändert werden. Der Versuch ist auf sieben Jahre befristet und soll vom kantonalen Amt für Unterrichtsforschung und -planung ausgewertet werden.

BE: Bernisches Stipendiengesetz

Die bernische Erziehungsdirektion hat den Entwurf zu einem kantonalen Stipendiengesetz ins Vernehmlassungsverfahren geschickt. Auf diesem Gebiet sind heute acht verschiedene Gesetze in Kraft. Das neue Gesetz will eine einwandfreie rechtliche Grundlage für die Gewährung von Stipendien und Ausbildungsdarlehen schaffen. Von den bisherigen allgemeinen Grundsätzen wird der grösste Teil unverändert übernommen. Neu werden für die Berufswahl und die Berufsvorbereitung Beitragsmöglichkeiten vorgesehen. Zudem ist die Schaffung eines Fonds für Härtefälle

geplant, der aus freiwilligen und geforderten Stipendienrückzahlungen geäufnet werden soll.

AG: Bisher 3,4 Millionen für die Aargauer Hochschule

Für den Aufbau der geplanten Aargauer Hochschule für Bildungswissenschaften sowie die Durchführung von ersten Forschungsprojekten sind bis Ende 1974 insgesamt 3,4 Mio. Franken aufgewendet worden. Dies geht aus einem Bericht hervor, den der aargauische Regierungsrat in Erfüllung eines Postulates erstellt hat und in dem erklärt wird, dass bisher insgesamt 1 Mio. an Bundesbeiträgen an die Vorbereitungsstufe geleistet wurden.

Von den 1970 durch das Aargauervolk bewilligten 6,5 Mio. für die Aufbaustufe der Hochschule stehen damit noch 4,1 Mio. zur Verfügung. Der hohe Restanteil ergibt sich vor allem daraus, dass der Kreditanteil von 2,9 Mio. für Studentenunterricht in klinischer Medizin praktisch unangetastet

blieb, da der ursprünglich vorgesehne Aufbau einer medizinischen Abteilung an der Hochschule sistiert werden musste.

AG: Verfassungsrat gegen «Recht auf Bildung»

Die 200 Aargauer Verfassungsmacher begannen am Mittwoch, 14. Mai, mit der Behandlung der Leitsätze über «Kultur, Bildung und Erziehung». Gleich zu Beginn setzte es eine grundlegende Diskussion über das «Recht auf Bildung» ab. Die Mehrheit der Räte lehnte es ab, ein solches Recht in der neuen Verfassung zu verankern. Obwohl es sich zurzeit erst um die Formulierung der Leitsätze dreht, die später zu einem Verfassungstext umgegossen werden sollen, der noch zweimal vom Verfassungsrat beraten und schliesslich den Stimmberchtigten zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden muss, hielten sich die Räte nicht dafür, dieses Recht wenigstens als Diskussionsgrundlage einzubauen.

Umschau

Lehrerflucht aus der Gesamtschule?

... Es wäre aufschlussreich, einen vergleichenden Überblick über die Fluktuation von Lehrern an Gesamtschulen überhaupt zu gewinnen. Man darf dabei wohl zu Recht davon ausgehen, dass sich für Gesamtschulen in erster Linie solche Lehrer melden, die für diese Schulform pädagogisch besonders aufgeschlossen sind oder die auf eine besondere Anregung der Schulbehörden dazu aufgefordert wurden. Eine gewisse Auslese also. Erfahrungsgemäss melden sich auch vorzugsweise jüngere Lehrer an Gesamtschulen. Warum streben nach kurzer Zeit viele wieder zurück zu «Normalschulen»? Bedeutet die hohe Zahl von Versetzungsanträgen an der Gesamtschule Garbsen – aber auch an anderen Gesamtschulen –, dass sich die Erwartungen der Lehrer im Vergleich zwischen Propaganda und Schulalltag nicht erfüllt haben? Die hohe Fluktuation lässt jedenfalls keinen Schluss auf eine besondere Attraktivität der Gesamtschule Garbsen für die Lehrer zu.

Die Divergenz zwischen Berufserwartung des Lehrers an Gesamtschulen und erlebter Realität wird auch durch Befragungen von Gesamtschullehrern bestätigt. Nach einer empirischen Untersuchung (Weigelt, Kaszenski: Aspekte des Organisationsverhaltens von Gesamtschullehrern. In: Gesamtschul-Information 1/72) ist die Unzufriedenheit der Lehrer auf Schwierigkeiten in der

Zusammenarbeit mit Kollegen und Schülern, aber auch auf organisatorische und ökonomische Probleme zurückzuführen.

In einem Aufsatz von Peter Gaude «Individuelle und kollektive Probleme von Schülern und Lehrern in Gesamtschulen» (veröffentlicht in Gesamtschul-Informationen 4/74) wird auf eine Befragung von 167 Gesamtschullehrern im Jahre 1970 verwiesen (Sommerlatte: «Gesamtschulen aus der Sicht der beteiligten Lehrer» in: Berliner Lehrerzeitung 9/1970), die u. a. folgende Ergebnisse brachte:

Etwa 75 Prozent der Befragten sahen die Arbeitsbelastung als auf die Dauer nicht tragbar an. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit wurde mit 58 Stunden angegeben. 86 Prozent der Lehrer glaubten, die Reform werde auf Kosten der Lehrer funktionieren. 56 Prozent der Lehrer plädierten für Streik, 29 Prozent für einen Dienst nach Vorschrift als Mittel, um ihre eigene und die Situation der Gesamtschulen zu verbessern. Gaude vermerkt dazu, dass diese empirischen Daten im Trend Enttäuschung über unerfüllte Erwartungen, über unzureichende Versuchs- und Arbeitsbedingungen erkennen lassen. Ihre Gründe seien nicht nur in der mangelnden finanziellen Ausstattung der Versuche und der fehlenden Stundenentlastung für Lehrer zu suchen. Unabhängig davon liessen sich die Probleme des Gesamtschullehrers unter aufgaben- und rollenzentrierten Aspekten, unter politischen und psychologischen Aspekten analysieren. Es wird deutlich, dass der Lehrer für seine innovierenden Aufgaben nicht genügend vorbereitet ist. Es sei deshalb notwendig, dass Lehrer mit Wissenschaftlern bei der Pla-